



12.01.2012

Konferenz will Pleite auch für Staaten

Debatte an der HU über neues Insolvenzrecht

BERLIN - Es ist keine der üblichen Konferenzen, die die Humboldt-Universität (HU) zu Berlin morgen und übermorgen abhält. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) selbst wird morgen früh kurz nach neun Uhr mit einem Eröffnungsvortrag im Senatssaal der HU in das Thema einleiten: Brauchen Staaten ein Insolvenzrecht?

Die Frage, ob ganze Staaten pleite gehen dürfen, wird nicht erst seit Mai 2010 diskutiert. Damals kündigte Griechenland an, seine Schulden nicht mehr bezahlen zu können. Seither reißen die Regierungsgipfel um die Eurorettung nicht ab. Dabei wurde immer wieder auch die Möglichkeit angeschnitten, statt ständig neue Rettungspakete zu schnüren, Griechenland in die Insolvenz gehen zu lassen. Was der Öffentlichkeit weniger bekannt sein dürfte: Schon seit 30 Jahren streiten Politiker und Wissenschaftler über die Einführung eines solchen Insolvenzverfahrens für ganze Staaten. Erst im Jahr 2001 überraschte der Internationale Währungsfonds (IWF) mit dem Vorschlag der Einführung des unabhängigen Schuldenrückführungsmechanismus. Aber erst mit der drohenden Pleite Griechenland ist die Brisanz des Themas über die Fachkreise hinaus in aller Munde.

Schon die Liste der 20 Referenten zeigt, dass der Organisator Christoph G. Paulus, Professor für Bürgerliches Recht, Zivilprozess- und Insolvenzrecht an der HU, weit mehr als nur eine akademische Veranstaltung im Sinn hatte. Die Finanz- und Insolvenzrechtsexperten kommen aus Frankreich, Argentinien, Japan, den Vereinigten Staaten sowie den größten Europäischen Staaten. Ergänzt werden die Expertenvorträge um Beiträge des Chefsyndikus des Internationalen Währungsfonds, Sean Hagan, und von Ignacio Tirado, einem Mitarbeiter der Weltbank.

„Griechenland zeigt uns, dass es sich um ein Phänomen handelt, welches jeden Staat betreffen kann“, sagt Paulus. Bislang gebe es keine ausreichend rechtlichen Handhaben für die Bewältigung einer Staateninsolvenz. Paulus selbst ist der Ansicht, dass es dringend eines solchen staatlichen Insolvenzrechtes bedürfe. Ein Schritt in diese Richtung wäre die Schaffung einer Instanz zur Schuldenregulierung.

Die Veranstalter hoffen allein schon aufgrund der Prominenz der Referenten politische Anstöße zu geben. Mehrere Vertreter von Ministerien hätten sich auch bereits als Zuhörer angemeldet, teilt der Lehrstuhl mit.

Anmeldung unter 030/ 46 06 05 50 oder E-Mail: info@iir-hu.de (Von Rüdiger Braun)



 Ihre Meinung ist gefragt!